
Oliver Stirböck

STIRBÖCK: JEDER ORT KANN EIN BÜRO SEIN

29.09.2021

- **Freie Demokraten fordern Recht auf mobiles Arbeiten in der Landesverwaltung**
- **Verwaltung muss verstaubtes Image ablegen**
- **Mobiles Arbeiten führt zu mehr Freiheit**

WIESBADEN – „Jeder Ort kann ein Büro sein“, ist Oliver STIRBÖCK, digitalpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, überzeugt: Die Freien Demokraten haben daher einen Gesetzentwurf und einen Antrag vorgelegt, mit denen Beschäftigten der Landesverwaltung ein Recht auf mobiles Arbeiten gegeben werden soll und die heute im Plenum des Landtags beraten werden. „Unsere Vorstellung der Zukunft der Arbeit ist die Vision, in der die Beschäftigten über ein Höchstmaß von Arbeitnehmersouveränität verfügen, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst frei selbst bestimmen können, wann sie arbeiten, wie sie arbeiten und vor allem auch wo sie arbeiten“, erklärt Stirböck. Er verweist exemplarisch auf digitale Nomaden, die dank einer stabilen Internetverbindung von Indonesien aus für deutsche Unternehmen arbeiten, aber auch auf Menschen, die am heimischen Küchentisch, im Café oder in der S-Bahn ihren Job erledigen.

„Mobiles Arbeiten bietet all diesen Menschen mehr Freiheit, und diese Freiheit wird mehr und mehr zum Erfolgsfaktor für Unternehmen im Kampf um die klügsten Köpfe. Damit die hessische Landesverwaltung auch weiter eine attraktive Arbeitgeberin bleibt, muss sie das Image der verstaubten Verwaltung ablegen und ihre Versäumnisse bei der Digitalisierung in Sieben-Meilen-Stiefeln aufholen“, fordert Stirböck. Gleichzeitig könne sie eine Vorbildfunktion einnehmen: „Wenn die Landesverwaltung zeigt, dass mobiles Arbeiten eine Erfolgsgeschichte ist, dann werden auch die letzten Zweifler in der Privatwirtschaft überzeugt“, erklärt Stirböck. Nach Überzeugung der Freien Demokraten sollte der Staat ein Vorbild für Unternehmen sein, ihnen aber keine Vorschriften machen.

Mobiles Arbeiten erleichtere den Menschen das Zusammenspiel von Arbeitstag und Leben. „Das Pendeln als großer Stressfaktor und Zeiträuber fällt weg. Das entlastet auch Verkehrswege und Umwelt“, macht Stirböck deutlich. Er stellt aber auch klar: „Niemand wird zum mobilen Arbeiten verpflichtet. Es geht allein um ein Angebot an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“ Der Vorschlag der Freien Demokraten sieht vor, dass bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens zwei Tage pro Woche möglich sein sollen.